

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	15
Kapitel 1 Die Grenzen der Schiedsautonomie und die (begrenzte) Gleichwertigkeit der Schiedsgerichtsbarkeit mit der staatlichen Gerichtsbarkeit	23
A. Schiedsgerichtsbarkeit als Alternative zur staatlichen Gerichtsbarkeit	23
I. Außergerichtliche Streitbeilegung auf vertraglicher Grundlage	24
1. Vertragliche Abbedingung der Zuständigkeit staatlicher Gerichte – der Streit über das Schiedsvereinbarungsstatut	24
a) Meinungsstand	26
b) Stellungnahme	30
2. „Quasigerichtliches“, nichtgütliches Verfahren	31
II. Begrenzte Verfahrensautonomie der Parteien	33
1. Gestaltungsfreiheit begrenzt durch zwingendes Verfahrensrecht	33
2. „Wählbare“ Verfahrensregeln	34
III. Schiedsgerichtsbarkeit als Rechtsprechung im funktionalen Sinne	37
B. Die begrenzten rechtlichen Wirkungen von Schiedssprüchen	38
I. Inländische und ausländische Schiedssprüche	38
1. Anknüpfungspunkt: Ort des schiedsrichterlichen Verfahrens	39
2. Nationale und internationale Schiedsverfahren	40
II. Inländische Schiedssprüche: Rechtskraftwirkung bis zur gerichtlichen Aufhebung	41
1. Struktur der Inlandswirkungen	42
2. Inhalt der Inlandswirkungen	42
III. Ausländische Schiedssprüche: rechtliche Wirkungen nach ausländischem Verfahrensrecht	45
1. Struktur der Inlandswirkungen	45
	5

Inhaltsverzeichnis

2. Inhalt der Inlandswirkungen	47
a) Wirkungserstreckungstheorie, Gleichstellungstheorie und vermittelnde Ansätze	48
b) Stellungnahme	51
C. Die Grenzen der schiedsgerichtlichen Entscheidungsautonomie: prozessuale und materielle Ordre-public-Kontrolle im Aufhebungsverfahren nach § 1059 ZPO	52
I. Außerordentlicher Rechtsbehelf	53
II. <i>Numerus clausus</i> der Aufhebungsgründe	54
III. Amtswegige Prüfung des Ordre-public-Vorbehalts	56
IV. Das Verbot der <i>révision au fond</i> : Bedeutungsgehalt und Verhältnis zur materiellen Ordre-public-Kontrolle	57
1. Keine inhaltliche „Richtigkeitsprüfung“	57
2. Ordre-public-Kontrolle keine Ausnahme	59
D. Schlussfolgerungen aus Kapitel 1 zu den Grenzen der Schiedsautonomie und der (begrenzten) Gleichwertigkeit der Schiedsgerichtsbarkeit mit der staatlichen Gerichtsbarkeit	63
Kapitel 2 Prüfungsmaßstab: der Widerspruch zum materiellen <i>ordre public</i> und der kartellrechtliche <i>ordre public</i>	65
A. Der schiedsrechtliche <i>ordre public</i>	65
I. Regelungsgegenstand und Funktionen des schiedsrechtlichen <i>ordre public</i>	67
II. Abgrenzung von Ordre-public-Vorbehalten anderer Rechtsgebiete	68
1. Weitgehend identische Tatbestände	69
2. Dennoch unterschiedliche Eingriffsintensitäten?	70
a) <i>Ordre public</i> des Urteilsanerkennungsrechts und schiedsrechtlicher <i>ordre public</i>	71
b) <i>Ordre public atténué</i> und kollisionsrechtlicher <i>ordre public</i>	72
III. Kategorien des schiedsrechtlichen <i>ordre public</i>	73
1. Inländische und ausländische Schiedssprüche: <i>ordre public interne</i> und <i>ordre public international</i>	73
a) <i>Ordre public international</i> großzügiger?	74
b) Stellungnahme	77
2. Unionsrechtlicher <i>ordre public communautaire</i>	78

B. Die Anwendung kartellrechtlicher Vorschriften im Schiedsverfahren und der kartellrechtliche <i>ordre public</i>	81
I. Die Perspektive des Schiedsgerichts: Kartellrecht als in der Sache anwendbares Recht	83
1. Fallgruppen kartellrechtlicher Zivilrechtsstreitigkeiten	83
a) Kartellrechtliche Ansprüche im Schiedsverfahren	83
b) Kartellrechtliche Einwendungen im Schiedsverfahren	85
2. Schiedsfähigkeit kartellrechtlicher Zivilrechtsstreitigkeiten	86
3. Anwendung kartellrechtlicher Vorschriften durch Schiedsgerichte	87
a) Das anwendbare Kollisionsrecht	87
aa) Mangels Revisibilität vorrangig akademischer Streit	90
bb) Anwendbarkeit staatlichen Kollisionsrechts?	92
(1) Traditioneller Streit: Kollisionsrecht des Sitzstaats oder Schiedsrichterermessen	93
(2) Anwendbares Kollisionsrecht nach reformiertem Schiedsverfahrensrecht	94
(3) Stellungnahme	96
(4) Ermittlung des anwendbaren Rechts nach § 1051 ZPO	98
b) Anwendung nur des Sonderkollisionsrechts der <i>lex arbitri</i> oder auch des sonstigen am Sitz geltenden Kollisionsrechts?	100
aa) Geltung der Rom-I-VO	103
bb) Ausschließliche Geltung des Sonderkollisionsrechts der <i>lex arbitri</i>	104
cc) Stellungnahme	105
c) Kartellrecht als Bestandteil der <i>lex causae</i>	109
d) Anwendung von Kartellrecht ungeachtet der <i>lex causae</i>	110
aa) Sonderanknüpfung von Eingriffsnormen und schiedsrechtlicher <i>Ordre-public</i> -Vorbehalt	111
(1) Funktionsweise und Zweck von Sonderanknüpfung und <i>Ordre-public</i> -Vorbehalt	111

Inhaltsverzeichnis

(2) Normkorpora von Eingriffsrecht und <i>ordre public</i>	113
bb) Gesetzliche oder vertragliche Pflicht zur Anwendung von Eingriffsnormen?	116
cc) Bestimmung der anzuwendenden Eingriffsnormen	118
(1) Kriterien zur Ermittlung der anzuwendenden Eingriffsnormen	119
(2) Anwendung der Kriterien	120
(3) Stellungnahme	122
II. Die Perspektive des staatlichen Gerichts: der kartellrechtliche <i>ordre public</i>	122
C. Gesetzliche Regelung des schiedsrechtlichen Ordre-public- Vorbehalts	125
I. Der Tatbestand des § 1059 Abs. 2 Nr. 2 lit. b) ZPO	126
1. Ergebnis der Anerkennung oder Vollstreckung des Schiedsspruchs	128
a) Ergebnis des Schiedsspruchs?	129
b) Prüfung auch der tatsächlichen Grundlage des Schiedsspruchs	131
2. <i>Ordre public</i> : wesentliche Grundlagen der Rechtsordnung	132
3. Widerspruch zum <i>ordre public</i>	133
a) Schluss von Rechtsfehler auf Widerspruch zum <i>ordre public</i> ?	136
b) Verletzung zum <i>ordre public</i> gehörenden Rechts nicht ohne Weiteres Widerspruch zum <i>ordre public</i>	138
aa) Rechtsprechung zum materiellen Ordre-public- Verstoß stützt Schluss von Rechtsfehler auf Widerspruch zum <i>ordre public</i> nicht	139
bb) Schluss von Rechtsfehler auf Widerspruch zum <i>ordre public</i> auch im Bereich des kartellrechtlichen <i>ordre public</i> unzutreffend	144
cc) Zwischenergebnis: Schluss von Rechtsfehler auf Widerspruch zum <i>ordre public</i> ist Fehlschluss	150

c) Aufhebung nur bei (verbots-)zweckwidriger Unvereinbarkeit des Schiedsspruchergebnisses mit zum <i>ordre public</i> gehörendem Recht?	152
aa) Die Unterscheidung zwischen (verbots-)zweckwidriger und „zweckkonformer“ Fehlanwendung grundlegender Rechtsvorschriften	154
bb) Problem: <i>over-enforcement</i> von Kartellrecht durch Schiedsgerichte	158
cc) Abstellen auf (verbots-)zweckwidrige Unvereinbarkeit mit zum <i>ordre public</i> gehörendem Recht sachgerecht	167
4. Offensichtlichkeit des Widerspruchs	170
a) Ungeschriebenes Tatbestandsmerkmal	170
b) Inhaltliche Bedeutung des Offensichtlichkeitskriteriums	171
aa) Deutungsansätze, insbesondere <i>Begriffshoflehre</i>	173
bb) Stellungnahme	175
II. Ausgestaltung des <i>Ordre-public</i> -Vorbehalts insbesondere durch die Gerichtspraxis	177
1. Die Formel der Rechtsprechung	177
2. Analyse und Bewertung	178
D. Schlussfolgerungen aus Kapitel 2 zum Prüfungsmaßstab – Widerspruch zum materiellen <i>ordre public</i> und kartellrechtlicher <i>ordre public</i>	181
Kapitel 3 Prüfungsumfang: Bindung an den Schiedsspruch bei Überprüfung des Ergebnisses seiner Anerkennung oder Vollstreckung auf Vereinbarkeit mit dem <i>ordre public</i>	187
A. Meinungsstand zur prozessualen Bindung an den Schiedsspruch	189
I. Zur Bindung an den Schiedsspruch in tatsächlicher Hinsicht	190
1. Bindung an die Tatsachenfeststellungen des Schiedsgerichts	191
2. Keine Bindung: ersetzende und neue Tatsachenfeststellungen möglich	192

Inhaltsverzeichnis

3. Eingeschränkte Bindung in tatsächlicher Hinsicht	193
a) Grundsätzliche Bindung nur an vorhandene Tatsachenfeststellungen	194
b) Keine Bindung, soweit unmittelbare Staatsinteressen betroffen	195
c) Keine Bindung, soweit Verfahrensfehler des Schiedsgerichts	195
4. Beschränkung der Zulassung neuen Sachvortrags: Präklusionstatbestände?	199
a) Keine Feststellungen zu Umständen, die schon bei Erlass des Schiedsspruchs vorlagen: Quasi-Einwendungspräklusion	199
b) Keine Feststellungen zu Umständen, zu denen im Schiedsverfahren nicht vorgetragen wurde: Quasi-Klageänderungspräklusion	200
c) Treuwidrigkeitspräklusion	200
d) Stellungnahme	201
5. Bindung an die schiedsgerichtliche Beweiswürdigung	203
a) Dogmatisch undifferenzierte Handhabung	204
b) Differenzierung nach Kontext der Beweiswürdigung und Schwere des Beweiswürdigungsfehlers	204
II. Ordre-public-Prüfung von Amts wegen oder Amtsermittlung der zugrundeliegenden Tatsachen?	208
III. Zur Bindung an den Schiedsspruch in rechtlicher Hinsicht	209
1. Schiedsspruchergebnis entscheidend, nicht geschriebene rechtliche Ausführungen zur Begründung des Ergebnisses	210
2. Überprüfung nur des Tenors: keine rechtliche Überprüfung der schiedsgerichtlichen Würdigung	212
3. Eigenständige rechtliche Würdigung des den <i>ordre public</i> berührenden Sachverhalts ohne Bindung an den Schiedsspruch	213
4. Eingeschränkte Bindung in rechtlicher Hinsicht	215
a) Prüfung des Schiedsspruchs auf das Vorhandensein einer rechtlichen Würdigung (ohne inhaltliche Anforderungen)	216
b) Prüfung des Schiedsspruchs auf Willkür	217

c) Prüfung des Schiedsspruchs auf schwerwiegende oder leicht erkennbare Verletzungen zum <i>ordre public</i> gehörenden Rechts	218
d) Prüfung des Schiedsspruchs auf Plausibilität	219
e) Prüfung des Schiedsspruchs auf Vertretbarkeit	220
f) Prüfung der schiedsrichterlichen Rechtsanwendung auf Verkennung der in der betreffenden <i>Ordre-public-Norm</i> zum Ausdruck kommenden grundlegenden gesetzgeberischen Wertentscheidung	222
g) Differenzierende, „fallgruppenweise“ Ansätze	223
B. Unionsrechtliche Vorgaben für die materielle <i>Ordre-public-Kontrolle</i> und wechselhafte Rechtsprechung in Deutschland	225
I. Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union	226
1. Die Verfahren <i>Nordsee</i> , <i>Eco Swiss</i> und <i>Genentech</i> zu den unionsrechtlichen Anforderungen an die unionsrechtliche Schiedsspruchkontrolle	227
a) Das Verfahren <i>Nordsee</i>	227
b) Das Verfahren <i>Eco Swiss</i>	229
aa) Schlussanträge und Urteil	230
bb) Offene Fragen	234
c) Das Verfahren <i>Genentech</i>	236
2. Das Verfahren <i>Achmea</i> und seine Aussagen zu den unionsrechtlichen Anforderungen an die unionsrechtliche Schiedsspruchkontrolle	237
a) Schlussanträge des Generalanwalts	237
b) Urteil des Gerichtshofs	238
aa) Zur Abdingbarkeit der unionsrechtlichen Schiedsspruchüberprüfung dem Grunde nach	238
bb) Zur Zulässigkeit quantitativer Beschränkungen des Prüfungsmaßstabs auf das grundlegende Unionsrecht	241
cc) Zur Zulässigkeit qualitativer Beschränkungen des Umfangs der unionsrechtlichen Schiedsspruchüberprüfung	243
II. Zur wechselhaften Rechtsprechung deutscher Gerichte	246
1. Entscheidungen zur fehlenden Bindung des Gerichts an den Schiedsspruch in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht	247

Inhaltsverzeichnis

2. Liberalisierungstendenzen einiger Oberlandesgerichte (und des Bundesgerichtshofs?)	248
a) Abweichende Gerichtsentscheidungen	249
b) „Abkehrtendenzen“ auch seitens des Bundesgerichtshofs?	251
3. Der <i>Achmea</i> -Vorlagebeschluss des Bundesgerichtshofs und dortige Aussagen zur materiellen <i>Ordre public</i> - Kontrolle	255
4. Beschränkung auf Vertretbarkeitsprüfung in der jüngeren Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs?	258
5. Diskussion zum Prüfungsumfang im Bereich des kartellrechtlichen <i>ordre public</i> wiedereröffnet	259
a) Beschluss des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main aus dem Jahr 2019: Streitentscheidung offengelassen	260
aa) Sachverhalt und Entscheidungsgründe	260
bb) Bewertung	262
b) Beschlüsse des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main aus dem April 2021 und Februar 2022: „minimalistischer“ Ansatz	263
aa) Ausführungen zum gerichtlichen Prüfungsumfang	264
bb) Bewertung	264
C. Stand der Rechtsprechung und gerichtlicher Klärungsbedarf	267
I. Unionsrechtlicher Klärungsbedarf gemäß Art. 267 AEUV	267
1. Unionsrechtliche Zulässigkeit qualitativer Beschränkungen des Prüfungsumfangs	268
2. Unionsrechtliche Zulässigkeit prozessualer Bindungen an den Schiedsspruch	269
II. Klärungsbedarf nach deutschem Recht	270
D. Schlussfolgerungen aus Kapitel 3 zum Prüfungsumfang, insbesondere zur Bindung an den Schiedsspruch bei Überprüfung des Ergebnisses seiner Anerkennung oder Vollstreckung auf Vereinbarkeit mit dem <i>ordre public</i>	273

Kapitel 4 Stellungnahme zum Prüfungsumfang, gerichtlicher Prüfungsgang im Rahmen der materiellen Ordre-public-Kontrolle und abschließende Betrachtungen	275
A. Stellungnahme zum Prüfungsumfang	276
I. Zur Bindung an die Tatsachenfeststellungen: Fehlerkontrolle auf Grundlage der schiedsgerichtlichen Feststellungen	279
1. Anlehnung an das berufungsrechtliche Fehlerkontrollregime	281
2. Tatsachenfeststellungen im Falle der Verfahrensfehlerhaftigkeit der schiedsgerichtlichen Feststellungen	283
3. Tatsachenfeststellungen im Falle inhaltlicher Zweifel an der Richtigkeit und Vollständigkeit der schiedsgerichtlichen Feststellungen	284
4. Tatsachenfeststellungen im Falle fehlerhafter schiedsgerichtlicher Beweiswürdigung	287
II. Zur „rechtlichen Bindung“: eingeschränkte Überprüfung auf Vertretbarkeit	288
1. Kein Richtigkeitserfordernis	289
2. Umfang der „rechtlichen Bindung“: erforderlicher „Richtigkeitsgrad“	293
a) Keine Beschränkung der Überprüfung auf Vorhandensein einer Würdigung oder auf Rechtsbeugung und Willkür	293
b) Nicht bloß summarische Überprüfung der Ordre-public-Konformität; keine Beschränkung der Prüfung auf eine Verkennung einer grundlegenden gesetzgeberischen Wertentscheidung	294
c) Vertretbarkeitskontrolle	295
B. Prüfungsgang bei der materiellen Ordre-public-Kontrolle	299
C. Abschließende Betrachtungen zum Prüfungsmaßstab und Prüfungsumfang der materiellen Ordre-public-Kontrolle	301
Zusammenfassung der Arbeit in Thesen	307
Literaturverzeichnis	317